

# **BÜRGERWILLE STATT PARTEIENMACHT!**

## **Das Programm 2011 bis 2016 der FREIEN WÄHLER** **für unsere Heimat Frankfurt**

Bei der Kommunalwahl am 27. März 2011 stehen die Bürgerinnen und Bürger von Frankfurt am Main vor folgenreichen Entscheidungen: Bürgerwille oder Parteienmacht, Heimat Frankfurt oder „Global City Babylon“.

Von diesen Entscheidungen ist der Weg in die Zukunft Frankfurts abhängig. Die FREIEN WÄHLER haben sich bereits entschieden: Für die Wahrung und Realisierung des begründeten, Gemeininn und Gemeinschaft stiftenden Bürgerwillens in unserer christlich-jüdisch geprägten Heimat Frankfurt. Gegen die von den Grünen geforderte „Global City Babylon“, die weder zu einem auch in Krisen belastbaren Zusammengehörigkeitsgefühl führt, noch die gewachsene Leitkultur berücksichtigt.

Zehn Jahre Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, vierzehn Jahre Bürgerpolitik in den Ortsbeiräten haben die FREIEN WÄHLER gelehrt: Die Allmacht der Bundesparteien mit ihren Frankfurter Ablegern muss gebrochen, ihr Einfluss auf die politische Willensbildung auf ein angemessenes Maß reduziert werden. Nicht länger kann, nicht länger darf der Bürgerwille immer wieder mit Füßen getreten werden.

Alle anderen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien – ob CDU, Grüne, SPD, FDP oder Linkspartei - haben sich am 30. September 2010 für den Weg in die „Global City Babylon“ entschieden. Denn sie haben an diesem Tag einem Konzept des von CDU und Grünen beherrschten Magistrats zugestimmt, das nicht nur das bisherige Ziel der Integration von Zuwanderern und deren Nachkommen aufgibt, sondern auch einer radikalen Umwälzung der Stadtgesellschaft mit unabsehbaren Folgen Tür und Tor öffnet.

Damit sind die politischen Fronten in Frankfurt klar: Wer sich bei der Wahl am 27. März 2011 für die Listen der FREIEN WÄHLER entscheidet, trifft zugleich eine Entscheidung für die Durchsetzung des Bürgerwillens, aber gegen die Allmacht der Parteien. Zugleich ist es eine Entscheidung für Frankfurt als Heimat in Deutschland und Europa, aber gegen den gefährlichen Irrweg in die „Global City Babylon“.

**Jede Bürgerin, jeder Bürger steht am 27. März 2011 damit vor weit mehr als „nur“ der Stimmabgabe bei einer Wahl: Diesmal geht es um zwei wichtige Entscheidungen, deren Folgen das Leben aller Menschen in Frankfurt beeinflussen und auch verändern werden.**

**Das Programm der FREIEN WÄHLER für die Wahl am 27. März 2011 zeigt auf, was politisch notwendig ist, damit Frankfurt unsere vertraute, sichere und demokratische Heimat in Deutschland und Europa bleibt – sowohl in den kommenden fünf Jahren als auch in weiterer Zukunft.**

**Das Programm der FREIEN WÄHLER beschränkt sich auf die wichtigsten Themen der Stadtpolitik. Die künftigen Stadtverordneten und Ortsbeiratsmitglieder der FREIEN WÄHLER werden in der kommenden fünfjährigen Wahlperiode von 2011 bis 2016 noch mit vielerlei Herausforderungen konfrontiert sein, die derzeit nicht absehbar sind, also auch nicht in diesem Programm behandelt werden können.**

**Umso wichtiger ist es, die Leitlinien unserer Politik, unseres Denkens und Handelns im Rahmen dieses Programms darzulegen. Diese Leitlinien – wir nennen sie in der guten Tradition der FREIEN WÄHLER in Frankfurt „STANDPUNKTE“ – machen klar, wo wir stehen, wohin wir gehen wollen und was uns dabei leitet.**

**Die FREIEN WÄHLER sind Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Realitätssinn verpflichtet. Unser Programm für die Wahlperiode 2011 bis 2016 ist kein Wunschkatalog, sondern ein verlässlicher Kompass für unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ortsbeiräten.**

**Mit diesem Kompass werden die FREIEN WÄHLER stets Kurs in unserer Heimat Frankfurt halten. Das war und ist der Geist der FREIEN WÄHLER in Frankfurt:**

**Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen!**

# **1. UNSERE HEIMAT FRANKFURT EINIG GESTALTEN**

Ende September 2010 haben alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der FREIEN WÄHLER ein Konzept verabschiedet, mit dem das Ziel der Integration von Einwanderern und ihren Nachkommen aufgegeben wird. Diese Entscheidung wird im Falle ihrer Realisierung gefährliche Folgen für den Zusammenhalt und die Zukunft in Frankfurt haben. Denn sie missachtet und ideologisiert völlig die kommenden Probleme der künftigen, auch schon gegenwärtig sich vollziehenden Entwicklung der städtischen Bevölkerungszusammensetzung.

Nach Überzeugung der FREIEN WÄHLER ist diese politische Mehrheit gegen den Willen und die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Deshalb muss eine neue Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt auf den Weg zu einer an den Realitäten orientierten Integrationspolitik zurückführen.

## **Wir sagen deshalb: Integration statt Spaltung**

### **INTEGRATION:**

- Das Ziel der Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen ist gerade in der seit einigen Jahrzehnten so international geprägten Stadt Frankfurt unverzichtbar. Deshalb muss das im Herbst 2010 gegen den begründeten Widerstand der FREIEN WÄHLER mehrheitlich verabschiedete "Integrations- und Diversitätskonzept" des Magistrats vollständig zurückgezogen und durch ein an den Realitäten orientiertes Integrationskonzept wie das der FREIEN WÄHLER ersetzt werden, das integraler Bestandteil dieses Wahlprogramms ist.
- Integration ist das allmähliche, sich individuell unterschiedlich vollziehende und freiwillige Hineinwachsen zugewanderter Menschen in den Lebens- und Kulturkreis Frankfurts.
- Integration ist kein einseitiger Prozess. Deshalb sind die Interessen, Bedürfnisse und das Selbstverständnis der einheimischen deutschen Aufnahmegesellschaft Frankfurts zu respektieren und zu schützen.
- Wer sich in Frankfurt integrieren kann und will, bekommt Anrecht auf besondere städtische Unterstützung, die individuell bzw. familienbezogen gewährt wird. Dazu können auf freiwilliger Grundlage individuelle bzw. familienbezogene Integrationsvereinbarungen geschlossen werden, in denen Rechte und Pflichten der Partner festgelegt werden.
- Grundanforderungen an Einzelpersonen bzw. Familien als Integrationspartner sind: Weitgehende Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift; Akzeptanz der deutschen Verfassungs- und Rechtsordnung; Akzeptanz der Gleichberechtigung der Geschlechter; Respektierung des Vorrangs der historisch gewachsenen deutsch-europäischen Kultur, Werte und Traditionen; eindeutige Distanzierung von Antisemitismus sowie religiös motiviertem Extremismus und Terrorismus; Respektierung der Symbole staatlicher und städtischer Identität.

- Die Integration, Unterstützung und Akzeptanz deutschstämmiger Zuwanderer aus Osteuropa sowie christlicher Religionsflüchtlinge aus vorwiegend islamischen Ländern ist den FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen.

#### **ISLAM:**

- Die wachsende Bedeutung des Islam in Frankfurt macht es notwendig, sich den Problemen und Konsequenzen dieser Entwicklung zu stellen. Die FREIEN WÄHLER haben deshalb in ihrer Grundsatzklärung „*Integration stärkt Frankfurt*“ als bislang einzige politische Kraft in Frankfurt ihre Vorstellungen und Erwartungen hinsichtlich des Islams ausführlich dargelegt. Eine schleichende oder gar offene Islamisierung mit Sonderrechten in Bereichen des öffentlichen Lebens kann nicht akzeptiert werden.

#### **BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG:**

- Die mittel- und langfristige Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt muss noch im Jahr 2011 in allen Aspekten wissenschaftlich untersucht, dokumentiert und öffentlich wie parlamentarisch zur Diskussion gestellt werden.

## ***2. Unsere Heimat Frankfurt finanzierbar machen***

Frankfurt ist dank der örtlichen Wirtschaftskraft als deutsches und europäisches Finanzzentrum eine sehr wohlhabende Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger können deshalb eine umfassende Infrastruktur in Anspruch nehmen. Um diese Infrastruktur zu sichern und weiter auszubauen, bedarf es einer verantwortungsbewussten Haushaltspolitik, zumal bei zurückgehenden Einnahmen und steigenden Ausgaben.

Um eine erneut drohende Periode alljährlicher Neuverschuldung zu verhindern, müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, Einnahmen und Ausgaben der Stadt ins Gleichgewicht zu bringen. Die FREIEN WÄHLER sind dazu bereit. Denn nur so kann nachhaltig die gute Zukunft Frankfurts gesichert werden. Leben auf Kredit und mit Steuererhöhungen stehen nicht auf dem Programm der FREIEN WÄHLER. Städtisches Vermögen ist Erbe und Eigentum der Bürgerschaft. Damit ist sorgsam umzugehen, städtisches Vermögen ist nach Möglichkeit zu erhalten.

### **Wir sagen deshalb: Ehrlichkeit statt Schulden**

#### **HAUSHALT:**

- FREIE WÄHLER stehen für ausgeglichene Haushalte der Stadt Frankfurt. Es ist unverzichtbare Aufgabe der Politik, die Ausgaben mit den Einnahmen der Stadt in Einklang zu bringen.
- Doppelhaushalte lehnen die FREIEN WÄHLER, insbesondere in Jahren vor und mit Kommunalwahlen, ab. Über den Haushalt Frankfurts muss von Jahr zu Jahr entschieden werden, verbunden mit einer alljährlichen Generaldebatte zur finanziellen und politischen Situation der Stadt.

- Unabdingbare Voraussetzung für „Bürgerhaushalte“, die diesen Namen auch verdienen, ist nicht nur eine zu regelnde Mitbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Verwendung von Teilen der städtischen Ausgaben, sondern gleichermaßen auch an der Erhebung von Teilen der städtischen Einnahmen.
- Die Flut von Mehrkostenvorlagen des Magistrats muss beendet werden. Der Ausbau und die Wirksamkeit von professioneller Projektplanung sowie projektbegleitendes Finanzcontrolling ist unerlässlich. Es ist unannehmbar, dass städtische Projekte regelmäßig finanziell aus dem Ruder laufen, weil die zuständigen Magistratsmitglieder unfähig sind und ihre Organisation dilettantisch.
- Forderungstotalausfälle und Forderungen aus vorgestreckten Zahlungen sind nach Ämtern geordnet in den Vierteljahres- und Schlussberichten zu benennen.
- Freie Wähler bestehen auf der Einhaltung des Konnexitätsprinzips „Wer bestellt, bezahlt auch“. Deshalb müssen Bund und Land bei der Belastung mit oder der Übertragung von neuen Aufgaben an die Stadt für den notwendigen finanziellen Ausgleich sorgen.

### **VERMÖGEN:**

- Der Magistrat hat in Vorlagen über geplante Veräußerungen von städtischem Besitz oder geplanten Zukäufen darzulegen, ob die Folgen für künftige Generationen verantwortbar sind, und die Folgekosten zu beziffern. Diese Regel muss auch für Miet-, Pacht- und Leasingverträge, sogenannte ÖPP (PPP)-Vereinbarungen sowie andere Be- und Entlastungen des Haushalts gelten.

### **LEISTUNGEN:**

- In Höhe und Umfang müssen die sogenannten ‚freiwilligen‘ Leistungen Frankfurts an die finanziellen Möglichkeiten der Stadt angepasst werden.
- Jugendorganisationen politischer Parteien, Verbände und Vereine werden nicht aus städtischen Mitteln gefördert.

### **STEUERN:**

- Mit den FREIEN WÄHLERN wird es keine Erhöhung von städtisch erhobenen Steuern und Abgaben zu Lasten der Bürgerschaft geben. Frankfurt verfügt über hohe Einnahmen, die ausreichend sind bei sparsamer Haushaltsführung.
- Die FREIEN WÄHLER sind offen für einen kommunalfreundlichen Ersatz der 1936 eingeführten Gewerbesteuer. Diese ist immer wieder starken Schwankungen unterworfen, gerade auch in Frankfurt. Allerdings ist die Voraussetzung für den Ersatz der Gewerbesteuer, dass die neue Einnahmequelle eine größere Stetigkeit und auch eine kalkulierbare Höhe aufweist.

### **WASSER:**

- Die Trinkwasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. Die Sicherstellung der Wasserversorgung ist originäre Aufgabe der Kommunen.

### **WIRTSCHAFT:**

- Der Erhalt und die strukturelle Förderung von Mittelstand, Handwerk sowie kleinem Einzelhandel sind das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel der FREIEN WÄHLER. Ohne gesunde wirtschaftliche Vielfalt verliert die Stadt wertvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Substanz und Stabilität.

- Die Wirtschaftsförderung muss verstärkt das Zusammenwirken von Forschung und Wirtschaft begleiten, um durch bessere Vernetzung zur Stärkung des Wirtschaftsplatzes Frankfurt beizutragen.
- Die einseitige Fixierung der Stadt Frankfurt auf den Dienstleistungssektor muss beendet werden. Zwar ist unbestreitbar, dass dieser der wichtigste Wirtschaftszweig für Frankfurt ist und bleiben wird. Doch auf Dauer müssen auch wieder Industriearbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Das dient der Schaffung eines ausgewogenen Arbeitsplatzangebots und kann die Arbeitslosigkeit in Frankfurt (und mit ihr auch die Kosten für die Sozialsysteme) verringern
- Für die Ansiedlung und Erweiterung von Industrieunternehmen und großen Dienstleistungsunternehmen muss Frankfurt ausreichend Flächen bereithalten und ausweisen. Deshalb soll so bald wie möglich in Zusammenarbeit mit IHK und Verbänden ein „Masterplan Industrie“ erstellt werden, der die Belange von Umwelt- und Naturschutz ausreichend berücksichtigt. Die Nutzung von Brachflächen ist zu favorisieren.
- In den alten Industriezonen muss durch die Entwicklung von Gewerbeparks, die die Infrastruktur (Verkehr, Energie- und Abfallwirtschaft) zur Verfügung stellen, die Ansiedlung bestehender und neuer Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk erleichtert werden.

### ***3. Unsere Heimat Frankfurt bezahlbar gestalten***

Frankfurt ist nicht nur wohlhabend, sondern auch teuer. Wer viel Geld besitzt, den wird das weder stören noch beeinträchtigen. Doch der Großteil der Bürgerinnen und Bürgern besteht aus Normalverdienern und Rentnern. Deren Realeinkommen ist in den letzten Jahren kaum gestiegen, oft sogar gesunken. Jede neue Belastung durch steigende Steuern, Abgaben, Gebühren und vermeidbare staatliche oder städtische Auflagen hat für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Minderungen des Lebensstandards zur Folge.

Seit Beginn ihrer Arbeit haben sich die FREIEN WÄHLER immer wieder dafür eingesetzt, Frankfurt auch und gerade für Normal- und Geringverdiener bezahlbar bleiben zu lassen. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Entwicklung aller Belastungen für die Bürger, die von der Stadt beeinflusst werden. Von den FREIEN WÄHLERN wird es keine Zustimmung dazu geben, von der Politik verursachte finanzielle Probleme zu Lasten der Bürgerschaft zu lösen.

Rentner und Pensionäre stellen einen immer weiter wachsenden Anteil an der Frankfurter Bürgerschaft. Gleichzeitig werden sie in Zukunft vom Bund zu immer mehr Einbußen ihres Einkommens genötigt. Deshalb muss Frankfurt auch für Rentner bezahlbar bleiben.

### **Wir sagen deshalb: Sparsamkeit statt Mehrbelastung**

## **Gebühren/Abgaben:**

- Eventuelle weitere Anstiege von Gebühren und Abgaben müssen umfassend dargestellt und begründet werden, soweit diese Maßnahmen von der Stadt Frankfurt getroffen oder beeinflusst werden.
- Die FREIEN WÄHLER werden sich auch weiterhin für eine neue, gerechtere und nachvollziehbarere Satzung der Straßenreinigung in Frankfurt einsetzen.
- Die FREIEN WÄHLER lehnen entschieden alle Pläne ab, nach der Wahl eine Straßenbeitragssatzung einzuführen, die die Grundstückseigentümer künftig an den Kosten von Straßenreparaturen beteiligen soll.

## **Städtische Unternehmen:**

- Die Geschäfts- und Preispolitik von ganz oder mehrheitlich im städtischen Besitz befindlichen Unternehmen muss auf den Prüfstand.

## **Wohnen:**

- Im Sozialen Wohnungsbau wird von der Objektförderung (des Gebäudes) umgesteuert hin zur Subjektförderung (des Mieters). Die aktuelle Wohnungsbauförderung aus Mitteln der Fehlbelegungsabgabe ist eine unsichere Größe verbunden mit hohem Verwaltungsaufwand. Die Sozialbindung wird meist binnen 20 Jahren ausgelöst. Früher erlangte öffentliche Zuschüsse fallen letztlich dem Vermieter wie ein Geschenk zu. Das begünstigt die großen Wohnungsgesellschaften.
- Wohnraum soll auch für Normalverdiener und Rentner bezahlbar bleiben. FREIE WÄHLER lehnen deshalb den Verkauf kommunalen Wohnungsbestands an Großinvestoren ab.
- Die Bildung von Wohneigentum hat bei FREIEN WÄHLERN hohen Rang. Eigentum stärkt Heimatverbundenheit und Verantwortung, gibt großen Familien Freiraum, schafft Werte für die Kinder und bewirkt im Alter kostengünstiges Wohnen. Die Bildung von Wohneigentum soll für Familien mit zwei oder mehr Kindern und Einkommen bis zur Mittelschicht besonders gefördert werden - zum Beispiel in Form von Bürgschaften bei nicht ausreichendem Startkapital.
- Eine energetische Zwangssanierung, die zu nicht verkraftbaren Belastungen für Immobilieneigentümer und Mieter führt, lehnen wir ab. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Energieverbrauch einer Immobilie so gering wie möglich sein soll. Entsprechende Maßnahmen soll der Eigentümer nach seinen finanziellen Möglichkeiten und den baulichen Gegebenheiten seiner Immobilie vornehmen können.
- Verdichtung ist Vernichtung. Mit der Begründung, hochwertigen Wohnraum schaffen zu wollen, will der derzeitige schwarz-grüne Magistrat in der ganzen Stadt gute Wohnsituationen vernichten, indem freie Innenhöfe und Gärten bebaut werden. Das hat im Westend begonnen und soll in der Altstadt mit der Betonierung aller bisherigen grünen Innenhöfe fortgesetzt werden. Nicht nur die Mieter, die hier weitgehend rechtlos sind, leiden darunter, weil ihr Lebensumfeld zerstört wird. Auch die Eigentümer werden feststellen, dass immer mehr Mieter gerichtlich Mietminderungen einklagen werden, weil die bisherige Grundlage der Mietbemessung zerstört wurde. Verdichtung vernichtet nicht nur Lebensumfelder, sie vernichtet auch Hauseigentum. Nur die FREIEN WÄHLER sind bereit, diese Fehlentwicklung zu bekämpfen.

## **4. Unsere Heimat Frankfurt sicherer machen**

Auf größtmöglichen Schutz vor jeglicher Form von Kriminalität im privaten wie auch im öffentlichen Raum haben gerade in der Großstadt Frankfurt alle Bürgerinnen und Bürger einen unverzichtbaren Anspruch, an dem es keinerlei Abstriche geben darf. Gebiete oder Zonen im Stadtgebiet mit minderer Sicherheit sind nicht akzeptabel. Ebenso wenig akzeptabel ist die Verhinderung von umfassend aussagekräftigen Kriminalitätsstatistiken.

Die Kenntnis über die ethnische und kulturelle Herkunft gerade von Gewalttätern ist notwendig. Diese Kenntnis ist eine der Voraussetzungen zur erfolgreichen Bekämpfung der gefährlichsten Form von Kriminalität, nämlich brutale Gewalteinwirkung, die bei den Opfern oft traumatische Folgen hat. Doch auch für die sogenannte „Kleinkriminalität“ muss in Frankfurt wieder das „Null Toleranz“-Prinzip gelten und durchgesetzt werden.

### **Wir sagen deshalb: Bürgerschutz statt Angstzonen**

#### **Öffentlicher Raum:**

- Es müssen alle Maßnahmen ergriffen und moderne Techniken genutzt werden, um den öffentlichen Raum in allen Zonen der Stadt Frankfurt jederzeit angstfrei begehbar und maximal sicher zu machen. Sogenannte „No-Go-Zonen“ darf es in Frankfurt nicht geben.
- FREIE WÄHLER unterstützen die Ausweitung von Videoüberwachung besonders gefährdeter bzw. besonders wichtiger öffentlicher Räume. Eine konsequente Videoüberwachung ist einzurichten an allen Straßenbahn- und U-/S-Bahnstationen – sowohl am Bahnsteig, Treppenaufgängen sowie Zwischenebenen. Videoüberwachung kann und soll allerdings die Präsenz von Polizei- und Sicherheitskräften nicht ersetzen.
- Die Grünanlagen um die Innenstadt werden nach Einbruch der Dunkelheit deutlich besser ausgeleuchtet, um das Sicherheitsgefühl zu heben und lichtscheue Personen mit kriminellen Absichten abzuschrecken.
- Für Urheber illegaler Graffiti muss weiterhin gelten: Null Toleranz. Den Geschädigten sind städtische Zuschüsse zur Beseitigung von Schmierereien ohne große bürokratische Auflagen zu gewähren.

#### **Polizei:**

- Die Präsenz von Polizeibeamten zu Fuß oder auf Fahrrädern muss kontinuierlich in allen Stadtteilen sichtbar sein. Für je 25.000 Einwohner sind je zwei „Ortsteilpolizisten“ einzusetzen, die ständig einen bestimmten Bezirk betreuen und dort vertraut sind.
- Es darf in Frankfurt keine uniformierte Polizei geben, die nur von den Bürgern Bußgelder einzutreiben hat, um den Landeshaushalt Hessens zu entlasten, jedoch bei Kriminalität nicht einschreiten darf. Das betrifft auch den Aufgabenbereich der sogenannten Wachpolizisten.

## **Verbrechen:**

- Über Gewaltverbrechen, die bei den Opfern körperliche und/oder seelische Schäden verursachen, wird vierteljährlich dem Magistrat, den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit ein Bericht mit vollständiger Auflistung der Verbrechen, des Alters und der Herkunft ermittelter Täter und des Tatorts vorgelegt, sofern der Datenschutz dies zulässt.
- Einbrüche sind schwerwiegende Verletzungen der Privatsphäre. Auch hierüber werden vierteljährliche Berichte mit den Angaben wie bei den Gewaltverbrechen vorgelegt.
- Drahtzieher und ‚Kunden‘ von Kinderprostitution müssen unnachgiebig ermittelt, verfolgt und bestraft werden. Hierbei ist die Bevölkerung zur Mithilfe aufzurufen.
- Die ‚Hütchenspielerszene‘ im Bahnhofsviertel wird konsequent verfolgt und zerschlagen. Die Akteure dieses illegalen Treibens sind seit langem bekannt. Soweit möglich, müssen Ausweisungen erfolgen.
- FREIE WÄHLER fordern die Einführung der „Gelben Karte“. Der so bezeichnete Führerscheinenzug für junge Straftäter kann erzieherische Wirkung haben.

## ***5. Unsere Heimat Frankfurt sozial gestalten***

In der staatlichen und auch der städtischen Sozialpolitik sind einschneidende Veränderungen dringend notwendig. Schon gegenwärtig verschlingt der Sozialetat Frankfurts einen großen Teil der Einnahmen – Tendenz steigend. Die reale Politik aller Parteien trägt zu dieser unheilvollen, bald auch unbezahlbaren Fehlentwicklung bei. Auch wenn eine nachhaltig wirksame Kehrtwende nur bundespolitisch erfolgen kann: Frankfurt muss schon jetzt neue, andere Wege in der Sozialpolitik gehen.

Zwei Prinzipien sind dabei unverzichtbar: „Fördern und Fordern“ sowie „Jeder kann etwas, jeder tut auch etwas“. Die bislang vorwiegend praktizierte bürokratische Verwaltung von Arbeitslosigkeit und (relativer) Armut ist nicht nur extrem teuer. Sie ist auch für viele Betroffene – Stichwort Hartz IV für Menschen mit Arbeitsbiographie - entwürdigend und perspektivlos, weil sie „ruhigstellt“ statt aktiviert.

Familien und Kinder sind Garanten der Zukunft und haben deshalb für die FREIEN WÄHLER größte Bedeutung in der städtischen Gesellschafts- und Finanzpolitik. Die Bedürfnisse der rasch wachsenden Bevölkerungsgruppe der Senioren sind in allen Bereichen stärker zu berücksichtigen.

## **Wir sagen deshalb: Aktivierung statt Verwaltung**

### **Arbeit:**

- Allen arbeitsfähigen Menschen, die ausschließlich oder überwiegend von staatlichen und städtischen Transferleistungen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts abhängig sind, soll eine sinnvolle Tätigkeitsperspektive zum Wohl der Stadtgemeinschaft angeboten werden. Gute und zuverlässige Leistungen müssen mit geldwerten Vergünstigungen honoriert werden.

- Sinnvolle Tätigkeiten zum Wohl der Gemeinschaft sind solche im Bereich Stadtreinigung, Umweltpflege, Seniorendienste, Behindertenhilfe und Integration.
- FREIE WÄHLER werden sich dafür einsetzen und aktiv daran beteiligen, ein „Frankfurter Konzept für Gemeinwesenarbeit“ zu entwickeln. Dabei soll an die positiven Erfahrungen im Nachbarstaat Niederlande angeknüpft werden.
- Die große Zahl von bildungsschwachen, zur beruflichen Ausbildung ungeeigneten oder auch unwilligen Jugendlichen stellt eine bedrohliche Entwicklung dar. Deshalb bekommen arbeitslose oder noch nicht ausbildungsfähige Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahren in Zusammenarbeit mit den Arbeitsbehörden Beschäftigungsangebote bzw. Qualifizierungsangebote, deren Wahrnehmung verpflichtend ist. Dabei werden individuelle Fähigkeiten und Neigungen nach Möglichkeit berücksichtigt.

### **Kinder/Jugend:**

- Kinder sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern sind deshalb ganz besonders zu fördern. Da junge Mütter heute in der Regel arbeiten müssen und auch wollen, ist die Betreuung von Kindern eines der wichtigsten und kostenintensivsten Zukunftsprojekte.
- Die Stadt muss deshalb vom Gesetzgeber alle finanziellen Mittel einfordern, die aus dem Kinderbetreuungsgebot entstehen und jede Möglichkeit erschließen, die zu mehr Betreuungsplätzen führt.
- FREIE WÄHLER fordern eine Bestandsaufnahme aller fehlenden Plätze in den Bereichen Kinderkrippen, Kindergärten und Horte und den zügigen Ausbau dieser Angebote, damit alle Familien, bei mangelndem Angebot vorrangig solche Eltern, die sonst einen Arbeitsplatz verlieren würden, auch einen Kinderbetreuungsplatz erhalten.
- Zu ergänzen sind diese Angebote durch den zügigen Ausbau der Ganztagschulen, damit die Kinder in einem geordneten Tagesablauf lernen, essen und spielen können und die Eltern ihre Kinder gut versorgt wissen. Eltern, die willens und in der Lage sind, ihre Kinder selbst nach Beendigung der Unterrichtsstunden zu betreuen, müssen die Möglichkeit von Schulangeboten ohne Ganztagsbetreuung erhalten.
- FREIE WÄHLER werden darauf hinwirken, dass die Öffnungszeiten der Krippen, Kitas und Horte besser auf die heute üblichen Schichtarbeitszeiten Rücksicht nehmen. Mit der Wirtschaft muss eine engere Zusammenarbeit bei der Schaffung von Betriebskindergärten gepflegt werden.
- Die finanzielle und rechtliche Position von Kindertagespflegepersonen muss verbessert, das Angebot dafür qualifizierter Personen ausgeweitet werden.
- Die Kosten für alle diese Betreuungsangebote müssen sozialverträglich gestaltet werden.

### **Senioren:**

- Der Seniorenbeirat ist bei der Stadt- und Verkehrsplanung sowie bei der Gestaltung des kulturellen Angebots der Stadt immer mit einzubeziehen.
- Die wachsende Zahl sehr alter Menschen mit Gebrechen und Krankheiten, die so lange wie möglich in ihren Wohnungen verbleiben wollen und sollen, macht es notwendig, ein engmaschiges Versorgungssystem dieser Menschen zu schaffen. Diese Aufgabe muss menschlich und finanziell Priorität in der städtischen Sozialpolitik erhalten.

- In Anbetracht der demographischen Entwicklung muss die Förderung seniorenrechter Wohnungen weit stärker als bislang gefördert werden. Pflege in vertrauter Umgebung soll Vorrang haben. Damit können hohe Kosten bei Heim- und Pflegeeinrichtungen vermieden werden.
- Aus Rentabilitätsgründen schließende Supermärkte sind gegebenenfalls durch „Smart-Lebensmittelmärkte“ der Werkstatt Frankfurt umgehend zu ersetzen, damit die nötige Nahversorgung gerade älterer Bürger im Stadtteil gewährleistet bleibt und Langzeitarbeitslose wieder einer sinnvollen Erwerbstätigkeit zugeführt werden können.

#### **Organisation:**

- Es ist ein Übersicht zu erstellen über sämtliche Sozialvereine mit detaillierten Angaben über deren Ziele, Tätigkeit, personellen und sachlichen Aufwand und Kosten.

## ***6. Unsere Heimat Frankfurt begehbarer machen***

Frankfurt ist ein nationaler und internationaler Verkehrsknotenpunkt, der für viele Bürgerinnen und Bürger mit hohen Belastungen verbunden ist. Wo und wie immer möglich, müssen diese Belastungen gemindert und zumindest erträglicher gemacht werden. In einer Stadt mit alternder Einwohnerschaft ist es notwendig, alle Maßnahmen zum Ordnen des Verkehrs aus dem Blickwinkel der schwächsten Teilnehmer zu betrachten, also der Fußgänger.

Diese neue Sichtweise in der Verkehrspolitik Frankfurts wird auch zum Vorteil aller anderen Beteiligten wie Kraft- und Radfahrer sein. Denn je gesicherter sich jede Teilnehmergruppe im städtischen Verkehr bewegen kann, desto zügiger und konfliktärmer ist das auch möglich. Mit ihrem Konzept der ‚begehbaren Stadt‘ eröffnen die FREIEN WÄHLER zugleich Perspektiven für einen friedlicheren Umgang der Verkehrsteilnehmer untereinander.

## **Wir sagen deshalb: Rücksicht statt Konflikte**

#### **Fußverkehr:**

- Die Fußgängerzonen bleiben den Fußgängern vorbehalten.
- Lichtzeichenanlagen an den fußläufigen Querungen der oberirdischen U-Bahnstrecken müssen so ausgestattet werden, dass niemand sie übersehen kann. Werden sie trotzdem missachtet, müssen gefährdete Personen mittels akustischen Signalen per Bewegungsmelder zum Stehenbleiben angehalten werden. Voraussetzung hierfür ist, dass Anwohner durch diese akustischen Signale nicht gestört werden.
- Ampelschaltungen sind so zu programmieren, dass Kinder, Senioren und Behinderte bequem die Straßen queren können. Deshalb müssen nicht nur die ausgewiesenen Schulwege möglichst sicher sein, sondern generell alle Zebrastreifen und Ampelanlagen so geordnet und kontrolliert werden, dass querende Kinder, langsame Senioren und Behinderte immer gut zu sehen sind und die Schaltintervalle der Ampelanlagen auch trödelnde Kinder, langsame Senioren und Behinderte berücksichtigen.

- **Blindenleitsysteme sind stadtweit an allen Überwegen und Haltestellen sachgerecht zu installieren.**

### **Radverkehr:**

- **Radverkehr ist Straßenverkehr und wird sich deshalb künftig in der Regel wieder dort bewegen. Auf Gehwegen und in Fußgängerzonen ist Radfahren nur dort möglich, wo Fahrzonen markiert werden können, die beiden Seiten größtmögliche Sicherheit geben. Die Rückverlagerung des Radverkehrs auf die Straße erfordert für Auto- wie Radteilnehmer ein defensives Fahrverhalten.**
- **Das städtische Radwegenetz ist weiter auszubauen. Das Fahren gegen die Einbahnstraße muss dort aufgehoben werden, wo dies von den Ortsbeiräten aus Sicherheitsgründen gefordert wird.**

### **Kfz-Verkehr:**

- **Der motorisierte Individualverkehr ist für eine Stadt sowohl für die Zulieferung als auch für den Erhalt des Einzelhandels unverzichtbar. Gleichzeitig ist er für viele Bürger ein Teil ihrer persönlichen Freiheit. Deshalb müssen bezahlbare Quartiersgaragen für die Einwohner und ausreichend Parkmöglichkeiten für Pendler auf am ÖPNV angeschlossenen Großabstellplätzen an den Stadträndern ausgewiesen werden. Auch Elektroautos oder Pkw-Pools brauchen Abstellplätze.**
- **Bei Neubauten ist pro 40 qm Wohnfläche mindestens ein Kraftfahrzeugstellplatz zu schaffen und mit der Wohnung zu vermieten. Dem Mieter ist freigestellt, den Stellplatz unterzuvermieten. Das muss zunächst für Wohnungsbaugesellschaften gelten an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist.**
- **Die Herstellung von Stellplätzen kann auch über Quartiersgaragen erfolgen.**
- **Die Stellplatzsatzung ist grundsätzlich zu überarbeiten mit dem Ziel, mehr Stellplätze auf Grundstücken zu schaffen. Ein Nachlass von der Pflicht zur Herstellung von KFZ-Stellplätzen wird nicht mehr gewährt.**
- **Eine generelle und kontinuierliche Einschränkung des Kfz-Verkehrs in Frankfurt am Main lehnen die FREIEN WÄHLER ab.**

### **Ordnung:**

- **Das vermehrte Aufstellen von Schildern und Aufmalen von Piktogrammen soll weitgehend durch allgemein verständliche und gültige Verkehrsregeln ersetzt werden, die auf dem § 1 der Straßenverkehrsordnung beruhen.**
- **FREIE WÄHLER unterstützen die Einrichtung von Gemeinschaftsstraßen („Shared Space“) dort, wo die Voraussetzungen dafür günstig sind und die Zustimmung des jeweiligen Ortsbeirates vorliegt.**
- **Im innerstädtischen Bereich legen FREIE WÄHLER den Schwerpunkt auf die Optimierung von Ampelschaltungen.**
- **Die eingeführte Umweltzone hat keine Verbesserung der Umweltqualität gebracht. Eine Erweiterung der Umweltzone ist deshalb weder notwendig noch begründbar.**
- **Ein „Aktionsplan Winter“ ist unverzüglich zu entwickeln, der gewährleistet, dass auch bei länger andauerndem Schneebelag und Vereisungen Frankfurt für alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere ältere und behinderte Fußgänger, nicht noch einmal zu einer teils unüberwindlichen, teils gefährlichen Barriere für die notwendige Bewegungsfreiheit wird.**

-  
-  
-

## - Öffentlicher Nahverkehr:

- Das Angebot des ÖPNV muss barrierefrei ausgebaut werden. Durch Fahrpreismäßigungen für verschiedene Gruppen und zu verschiedenen Tageszeiten und die Einführung von 24-Stunden-Tickets soll eine benutzerfreundliche Lenkungsfunktion ausgeübt werden.
- Die Benutzung des ÖPNV ist für Schüler auf dem Schulweg künftig kostenlos. Schüler sind verpflichtet, bei Kontrollen einen Ausweis vorzuzeigen, der ihre Berechtigung zur Streckenbenutzung dokumentiert. Für Studenten und Auszubildende bis 25 Jahren sind die Fahrpreise zu senken und für zunächst drei Jahre einzufrieren.

## Baustellen:

- Verkehrsbaustellen müssen zügig abgewickelt und fertiggestellt werden. Dazu wird bei der Stadtverwaltung ein Baustellenmanagement eingerichtet, das öffentlich bekanntgemachte Fristen für die Arbeiten setzt, sie überwacht und bei Fristversäumnis mit erhöhter Gebühr belegt.
- Das Baustellenmanagement entwickelt vor allem bei Großbaustellen im Straßenbau Lösungen, wie jeweils kleine Baustellen kostengünstig betrieben werden können.

## Luftverkehr:

- Die FREIEN WÄHLER fordern ein Nachtflugverbot für die gesetzliche Nacht von 22 bis 6 Uhr.
- Dem Magistrat ist es bisher nicht gelungen, für eine Optimierung der über das Frankfurter Stadtgebiet verlaufenden Flugrouten zu sorgen. Wir fordern daher, dass sich der Magistrat auf allen Ebenen nachdrücklich und unabhängig von der Flughafenerweiterung für eine gerechtere Lärmverteilung und für eine sofortige Umsetzung aller technisch möglichen Maßnahmen zum aktiven Schallschutz einsetzt.
- Die generelle und bisher begründungslose Ablehnung des Magistrats, Flugrouten zu streuen, um Teile der Bevölkerung zu entlasten, halten wir für nicht vertretbar und fordern eine gründliche Überprüfung, welche Flugrouten – zum Beispiel aus Sicherheitsgründen - gebündelt bleiben müssen und welche gestreut werden können.
- Da als Folge des Flughafenausbaus große Teile Frankfurts als Siedlungsbeschränkungsgebiete ausgewiesen wurden (zusätzlich 82 Hektar, 24 Prozent der ursprünglich geplanten Wohnneubaugebiete können nicht realisiert werden), erwarten wir, dass nach Umsetzung der vorgenannten Forderungen das Ausmaß der Siedlungsbeschränkungsgebiete überprüft und wo möglich reduziert wird.
- Für Kommunen und betroffene Menschen fehlt bislang jede Möglichkeit, gegen eine Flugroute zu klagen, die lediglich durch Rechtsverordnungen von einer Behörde ohne demokratische Legitimation festgelegt wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir treten daher für einen runden Tisch oder eine Schlichtung nach dem Stuttgarter Modell ein, um auch den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Gehör zu verschaffen.

## ***7. Unsere Heimat Frankfurt gesund gestalten!***

Frankfurt ist als Pendlerstadt samt dem im weiteren Ausbau befindlichen Großflughafen keine ländliche Idylle. Lärm und Luftverschmutzung sowie schwindende Naherholungsmöglichkeiten sind für viele Bürgerinnen und Bürger ein hoher Preis für das Leben in unserer Stadt.

**Glaubwürdige Umwelt- und Gesundheitspolitik muss sich dieser Situation stellen, statt sie zu leugnen oder mit unwirksamem Aktionismus zu verschleiern. Besserer Schutz der Einwohnerschaft vor schädlichen Umwelteinflüssen kann nur mit veränderten Mobilitätsweisen und technischen Innovationen erreicht werden. Kostenlos ist beides nicht zu haben.**

**In der Drogenpolitik legen die FREIEN WÄHLER auch weiterhin den Schwerpunkt auf Prävention und Entzug. Frankfurt muss die Förderung und Würdigung des Breitensports noch mehr in den Vordergrund stellen. Gerade für gelingende Integration leistet dieser einen unverzichtbaren Beitrag. Tiere haben auch in der Großstadt das Recht auf eine ihrer Art angemessene Existenz. Im Umgang mit denjenigen Lebewesen, die selbst keine politische Stimme haben können, beweist sich die sittliche Qualität der Stadtgesellschaft.**

## **Wir sagen deshalb: Realismus statt Aktionismus**

### **Lärm:**

- **Lärm ist ein gefährlicher Krankmacher. Deshalb muss unnötiger, mutwilliger oder fahrlässig verursachter Lärm wirksam reduziert werden. Die pflichtgemäß zu erstellenden Lärminderungspläne sind zügig voranzubringen und umzusetzen.**
- **Die Stadt Frankfurt ist erheblich im Verzug mit der Umsetzung der von der Europäischen Union vorgegebenen Umgebungslärmrichtlinie, nach der Lärminderungspläne für jeden Stadtteil zu erstellen sind. In diese Pläne sind sämtliche Lärmquellen aufzunehmen. Soweit diese Pläne bereits erstellt wurden, genügen diese nicht immer den Anforderungen, bloße Hinweise auf das Vorhandensein bestimmter Lärmquellen sind unzureichend, vielmehr ist konkret zu beschreiben, welche Maßnahmen zur Lärmreduzierung möglich und einzuleiten sind.**
- **FREIE WÄHLER bestehen auf der Umsetzung aller technisch möglichen Maßnahmen zum aktiven Schallschutz im Rahmen der jeweils bestehenden finanziellen Möglichkeiten.**

### **Luft:**

- **Die mit Fristen verbundenen Luftreinhaltepläne nach EU-Recht wurden in Frankfurt bislang nur unzureichend umgesetzt. Weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung von Stickstoffoxid müssen jedoch noch folgen.**
- **Die durch den Luftverkehr verursachte gesundheitliche Gefährdung von Menschen infolge der Verschlechterung der Luftqualität (Feinstaub und Feinstaub) darf nicht länger ignoriert, sondern muss in Ausmaß und Folgen kontinuierlich dokumentiert werden. Nur so ist es möglich, wirksame Abmilderungen dieser Gefährdungen zu bewirken.**

### **Grün:**

- **Das Grünflächenamt wird finanziell und personell wesentlich besser ausgestattet, um seine mannigfaltigen Aufgaben zu erfüllen.**
- **Ungenutzte Verkehrs- und Siedlungsflächen werden durch Entsiegelung der Natur zurückgegeben. Die Stadt soll Flächenentsiegelung durch Privatpersonen mit Rat und Tat fördern.**

- Von langjährig brachliegenden Grundstücken wird eine Liste erstellt. Mit Einverständnis der jeweiligen Besitzer werden diese Grundstücke von der Stadt begrünt, indem dort entweder Rasen ausgesät wird oder Samen von Pflanzen, die auf kargem Boden gedeihen.
- **Tierschutz:**
  - Trotz verständlicher grundsätzlicher Bedenken gegen die Einrichtung Zoo unterstützen die FREIEN WÄHLER nachdrücklich das dem Arten- und Naturschutz verpflichtete Konzept des Frankfurter Zoos. Dessen unbedingt notwendige Sanierung und Umgestaltung gehört zu den vorrangigen Bereichen städtischer Investitionstätigkeit.
  - Die Dezimierung der Kaninchen in den städtischen Grünanlagen muss künftig mit schonenden Mitteln erfolgen. Nicht der Tod der Tiere, sondern Anwendungen zur Verhinderung ihrer zu zahlreichen Vermehrung müssen das Ziel sein.
  - Hundehalter sollen mehr Auslaufflächen für ihre Tiere bekommen, gleichzeitig aber auch stärker zur Beseitigung des Kotes im öffentlichen Bereich angehalten werden.
  - FREIE WÄHLER fordern die Abschaffung der erhöhten rassenspezifischen Steuer für Hunde, die den Wesenstest positiv bestanden haben.
  - Menschen in Begleitung ihrer Hunde dürfen nicht von der Querung bestimmter Grünanlagen ausgeschlossen werden.

### **Sport:**

- Das Management der Stadt im Bereich des Sportes muss auf eine Ebene zusammengeführt werden. Sportamt, Sportpark Stadion GmbH und Bäderbetriebe müssen in einer Hand geführt werden.
- Das Sporthallenmanagement bedarf dringend einer Verbesserung. Dadurch können Leerstände von Sporthallen verhindert werden. Die Sporthallenmieten für die Vereine werden gestrichen. Vereine sollen Schlüsselgewalt erhalten, damit sie nicht auf Hausverwalter angewiesen sind.
- Die Bezuschussung des Breitensports ist auf eine ausgewogene Basis zu stellen. Der Breitensport muss durch die Bereitstellung von Sportflächen mehr unterstützt werden. Sportarten wie z. B. Handball, Tischtennis, Gymnastik, Turnen, Leichtathletik, Schwimmsport und viele andere Sportarten dürfen nicht zu Gunsten des Fußballs an den Rand gedrückt werden.
- Die bestehende Eissporthalle kann zu einer Mehrzweckhalle umgebaut werden. Damit wird ein Neubau überflüssig. Die dadurch eingesparten Mehrkosten von ca. 20 Mio. Euro könnten für die Verbesserung der Infrastruktur der vernachlässigten Sportarten in Frankfurt eingesetzt werden.

### **Drogen:**

- Beim Kampf gegen den Drogenkonsum hat für FREIE WÄHLER die Befreiung von Drogenabhängigkeit Vorrang vor suchtbegleitenden und suchtmildernden Maßnahmen. Die ansässige Suchthilfe Fleckenbühl ist dazu Vorbild.
- Alle von der Stadt finanzierten oder mitfinanzierten Institutionen und Vereine, die mit Drogen befasst sind, werden von unabhängiger Seite jährlich auf ihre Effektivität geprüft und zertifiziert. Doppel- und Parallelstrukturen in der Drogenbekämpfung bzw. Drogenbegleitung sind zu beenden.
- Die Örtlichkeiten vor sogenannten ‚Drückerstuben‘ sind stärker zu kontrollieren. Weder Verschmutzung noch Handel mit Drogen ist im öffentlichen Raum zu tolerieren. Notfalls muss eine Schließung verwahrloster ‚Drückerstuben‘ erfolgen.

## **8. Unsere Heimat Frankfurt kultureicher machen**

Frankfurts Wohlstand ermöglicht die Finanzierung einer großen Zahl von Institutionen für Kunst und Kultur. Etliche davon genießen national wie international besten Ruf. Darauf können die Bürgerinnen und Bürger stolz sein. Frankfurts finanzielles Aufkommen für Kultur und Kunst ist allerdings wesentlich höher als in vergleichbaren Städten. Diese Ausgaben müssen sich künftig an den finanziellen Möglichkeiten der Stadt orientieren.

Ob und wie viel Kultur Frankfurt tatsächlich besitzt, entscheidet sich letztlich nicht an der Qualität und dem Ruf hochsubventionierter Spitzeninstitutionen oder gar der Abfolge von kulturellen ‚Events‘, sondern am kulturellen Niveau seiner Einwohner. Um die Beibehaltung und Entwicklung dieses Niveaus sind im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung Sorgen angebracht. Deshalb geben FREIE WÄHLER den Ausgaben für Kulturbildung Vorrang vor Ausgaben für Kulturkonsum.

Die Situation der schulischen Bildung ist teilweise höchst unbefriedigend. Hochkultur wie alle Arten von Alltagskultur sind jedoch entscheidend abhängig vom Bildungsstand und Bildungswillen breiter Einwohnerschichten. Kommunale Kulturpolitik in Frankfurt muss deshalb ein sehr umfassendes Verständnis von Kultur praktizieren.

### **Wir sagen deshalb: Kulturbildung statt Kulturkonsum**

#### **Schule:**

- Das Erlernen und der dem Alter entsprechende Gebrauch der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für Bildungsfähigkeit und Bildungserfolg. Für deutsche und ausländische Kinder wie auch für Kinder von Einwanderern muss deshalb eine verpflichtende Sprachprüfung im Alter von vier Jahren durchgeführt werden.
- Kinder, bei denen keine ausreichenden Sprachkenntnisse festgestellt werden, müssen schon vor der Einschulung Förderunterricht in der deutschen Sprache erhalten. Durch aktive Mitarbeit werden betroffene Eltern in den Sprachlernprozess einbezogen.
- Kinder im Einschulungsalter ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden in einer der jeweiligen Grundschule zugeordneten speziellen Bildungseinrichtung zusammengefasst, bis sie die sprachliche Eignung für eine Regelschule haben.
- Fortgesetzte unentschuldigte Abwesenheiten von Schülern, also das Schwänzen von Unterricht, wird an Frankfurter Schulen nicht toleriert. Die Eltern der Schüler werden dafür in die Verantwortung gezogen und müssen mit Sanktionen rechnen.
- Das Fernbleiben vom Unterricht an religiösen Feiertagen, die in Frankfurt keine gesetzlichen Feiertage sind, wird nicht hingenommen, sondern gilt als unentschuldigtes Fehlen mit entsprechenden Konsequenzen.
- An Frankfurter Schulen gilt das Gebot, auf jegliche islamische Verhüllung zu verzichten. Auch aufgrund der wachsenden Zahl von muslimischen Schülern ist die Einführung von einheitlicher Kleidung an Schulen zu unterstützen, wenn eine Schulgemeinde das wünscht.

- **Gewalttätigkeit und Respektlosigkeit an etlichen Schulen Frankfurts haben nicht mehr tolerierbare Ausmaße angenommen. FREIE WÄHLER fordern und unterstützen alle Maßnahmen, die dem nachhaltig entgegenwirken.**

## **Kultur:**

- **Die geplante Erweiterung des Museums für Weltkulturen kann nur unter der Voraussetzung mehrjähriger ausgeglichener Haushalte und eines weitgehenden Schuldenabbaus realisiert werden. Eventuelle bauliche Eingriffe in den Park sind unter weitgehender Schonung des Bestands alter Bäume vorzunehmen.**
- **Der Neubau des Historischen Museums darf nicht doppelt so teuer werden wie veranschlagt und beschlossen. Um alle Möglichkeiten zu prüfen, wie eine finanzierbare Lösung in der beschlossenen Größenordnung erreicht werden kann, darf eine unwiderrufliche Entscheidung über den Neubau erst nach Fertigstellung des Dom-Römer-Altstadtareals getroffen werden.**
- **Frankfurt braucht nur ein subventioniertes Volkstheater, nämlich das bestehende Volkstheater im Großen Hirschgraben. Der Umbau des Paradieshofs in Sachsenhausen und die dortige Einrichtung eines Theaters für den Künstler Michael Quast ist wünschenswert, bedingt durch die hohen Kosten und die notwendigen Folgekosten aber auf absehbare Zeit nicht finanzierbar. Die Stadt sollte Michael Quast behilflich sein, private Finanziere für eine eigene Bühne zu finden sowie Bühnen im städtischen Besitz für seine Produktionen kostengünstig zur Verfügung zu stellen.**
- **Die Pflege der sogenannten ‚Alltagskultur‘ ist Grundbedingung für das Verständnis von und für das Bedürfnis nach Kultur in all ihren Ausprägungen. Deshalb soll der Bestand von Stadtteilbibliotheken, Heimatmuseen sowie Stadtteilkultur geschützt und vorrangig gefördert werden, ebenso die wertvolle Arbeit der Heimat- und Geschichtsvereine.**
- **Frankfurt ist über viele Jahrhunderte christlich-jüdisch geprägt worden. Dieses Erbe wirkt in der christlichen und jüdischen Glaubensrealität fort und bestimmt auch die Gegenwart Frankfurts in vielerlei Beziehung mit – nicht zuletzt in Kultur, Tradition und Sitten. FREIE WÄHLER stehen dafür, sich dessen stets bewusst zu sein und dieses unvergleichliche Erbe zu pflegen und zu fördern.**
- **Frankfurt soll als Gothestadt durch die Wiederaufnahme der Römerbergfestspiele, die vor dem Zweiten Weltkrieg jährlich abgehalten wurden, hervorgehoben werden. Damit bekommt Frankfurt im Sommer ein kulturelles Ereignis von internationalem Rang, das für viele Besucher die Stadt als Ort, an dem Goethe geboren wurde und seine Jugend verbrachte, in Erinnerung ruft. Gleichzeitig können die Stätten, die in Goethes Werk verewigt wurden, präsentiert werden.**
- **Die Förderung der traditionsreichen Musikschulen und des noch immer sehr aktiven, vielfältigen Chorwesens in Frankfurt soll vorrangig betrieben werden. Als Veranstaltungsort für Konzerte von Laienchören sollen sowohl Räumlichkeiten der Alten Oper wie auch des aufwendig restaurierten Gesellschaftshauses im Palmengarten zu vertretbaren Bedingungen zur Verfügung stehen.**
- **Auch weiterhin sollen Räumlichkeiten zur Veranstaltung von Konzerten der lokalen Amateur-Musikszene zur Verfügung gestellt werden, die von ansässigen Vereinen getragen werden können.**

## ***9. Unsere Heimat Frankfurt lebenswert gestalten***

Heimat ist nicht nur dort, wo man geboren wurde oder aufwuchs. Heimat ist auch und gerade dort, wo man sich geborgen und wohl fühlt. Frankfurt hat sein in Jahrhunderten geformtes Stadtgesicht in den Bombenangriffen des Zweiten Weltkriegs bis zur Unkenntlichkeit verloren. Beim Wiederaufbau wurde nicht immer berücksichtigt, was dieser Verlust für die Seele der Stadt und ihrer Bewohner bedeutet.

Nun aber müssen überall dort, wo es möglich und notwendig ist, städtebauliche und architektonische Akzente in Frankfurt gesetzt werden, die den Bedürfnissen vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer schöneren, im äußeren Bild harmonischer wirkenden Stadt Rechnung tragen. Die FREIEN WÄHLER legen deshalb einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf qualitativ hochwertige Planung und Gestaltung der Stadtmitte ebenso wie der Stadtteile. Und nur mit starken FREIEN WÄHLERN wird es eine neue Altstadt zwischen Römer und Dom geben, die dem Bürgerwillen entspricht und das historische Herz der Stadt zum attraktiven Anziehungspunkt macht.

### **Wir sagen deshalb: Stadtseele statt Betonstadt**

#### **Neue Altstadt:**

- Nach dem erfolgten Abriss des Technischen Rathauses müssen auf dem freigewordenen Gelände sowie auf weiteren umliegenden Flächen möglichst viele Gebäude, die in den Kriegsjahren zerstört wurden, rekonstruiert werden. Gebäude, die nicht rekonstruiert werden können oder sollen, müssen mit den Nachbildungen in jeder Weise harmonisieren. Das betrifft besonders die Gestaltung der Fassaden.
- Die Wiedergeburt eines Teils der 1944 zerstörten Altstadt wird nach Auffassung der FREIEN WÄHLER große Anziehung auf die Frankfurter Bürgerschaft wie auch Besucher haben. Der eventuelle finanzielle Mehraufwand für die Rekonstruktionen, zu denen sich die Stadt verpflichtet hat, ist im Hinblick auf die nachhaltige Aufwertung dieses historischen Kernbereichs Frankfurts nicht nur vertretbar, sondern eine notwendige Zukunftsinvestition.
- Die Stadtgestaltung soll einerseits die für das Frankfurt der Nachkriegszeit typische Stadtsilhouette mit Skyline fortschreiben und andererseits die Altstadt um den Dom wiederherstellen. Die große europäische Geschichte, die sich in Frankfurt ereignete, soll auf dem Römerberg dargestellt werden. Auf den historischen Parzellen sollen möglichst viele im Krieg zerstörte Häuser rekonstruiert werden.
- Die Präsentation des Archäologischen Gartens und seine Nutzung durch eine Überbauung müssen im Konsens mit den Frankfurter Bürgern geschehen.
- Für die Bombenopfer des Zweiten Weltkriegs wird in der Neuen Altstadt eine würdige Erinnerungsstätte geschaffen.

## **Stadtplanung:**

- **FREIE WÄHLER** halten die Wiederezusammenführung der Dezernate für Verkehr und Stadtplanung für erforderlich. Die strukturell getrennte Fachplanung muss beendet werden. Dafür sind entsprechende Umstrukturierungen im Stadtplanungsamt unumgänglich.
- **FREIE WÄHLER** werden deutlich mehr institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerschaft zu allen Aspekten des Städtebaus einrichten, um durch die entstehenden Diskussionsprozesse die nötige Akzeptanz auch bei größeren städtebaulichen Vorhaben in der Bürgerschaft zu erhöhen.
- Die notwendigen Verbesserungen der städtebaulichen Situation in innerstädtischen Bereichen sind durch neue Bau-Satzungen zu erwirken, die den Erhalt wertvollen baulichen Erbes und die Wiederbelebung und Weiterentwicklung des traditionellen Städtebaus zum Ziel haben. Nach und nach können so endlich dauerhaft schöne und ökonomisch langfristig tragfähige Quartiere entstehen.
- Die Blockrandbebauung mit begrünten Innenhöfen soll nach dem Leitbild der „Europäischen Stadt“ wieder die typische urbane Bebauung werden. Wohnen und Arbeiten soll in der Stadt zusammen bestehen können. In den Erdgeschossen der Stadthäuser soll Gewerbe Platz finden, in den Obergeschossen Wohnen.
- Die Charakteristika der Stadtteile sollen erhalten und weiter ausgebaut werden. Die Vernichtung von Fassaden durch Abschlagen von Schmuckornamenten und Aufkleben von Wärmedämmverbundsystemen sollen untersagt werden. Denkmalschutz schließt eine Dämmung der Fassaden aus.

## **Plätze:**

- Die Anlage von Plätzen hat sich weitgehend am alten Stadtgrundriss zu orientieren. Bei der Neugestaltung einer Platzkante ist dem Ensemble der Vorrang vor spektakulären Solitären zu geben.
- Die Plätze in den Stadtteilen sollen durch Begrünung und Möblierung eine hohe Aufenthaltsqualität bekommen und den Anwohnern als Ort der Kommunikation und Erholung dienen. Die Plätze in der Innenstadt sollen bei einer fehlenden harmonischen Randbebauung ebenfalls vorrangig begrünt werden, um als Ort der Erholung angenommen zu werden. Dies gilt insbesondere für die missglückte Gestaltung der Platzfolge Rossmarkt, Goethe- und Rathenauplatz.

## **Denkmäler:**

- Den Vertriebenen, die einen bedeutenden Anteil am Wiederaufbau und Wiederaufschwung Frankfurts in der Nachkriegszeit geleistet haben, wird ein Denkmal gewidmet.

## **Öffentliche Toiletten:**

- Die öffentlichen Toiletten in Frankfurt sowie die Toiletten in Schulen müssen umgehend in einen hygienisch einwandfreien, sauberen und modernen Zustand gebracht werden. Das hat aber nur Sinn, wenn für die Toiletten ausreichend Reinigungs- und Betreuungspersonal zur Verfügung gestellt wird, um die Sauberkeit zu gewährleisten und Vandalismus zu verhindern. Dazu sollen nach vorherigem Training auch arbeitsfähige Menschen eingesetzt werden, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus staatlichen Transferleistungen bestreiten. Ihre Tätigkeit wird mit Vergünstigungen sowie zusätzlichen Sachleistungen honoriert .

- Öffentliche Toiletten dürfen nicht geschlossen werden; bereits geschlossene Orte sind wieder herzurichten, wenn es im Umkreis von 2000 Metern keine Toiletten gibt
- Auf alle Toiletten ist im öffentlichen Raum in einem Umkreis von 300 Metern deutlich hinzuweisen

## ***10. Unsere Heimat demokratischer machen***

Der Zustand der städtischen Demokratie ist in vielerlei Beziehung schlecht, die Beteiligung an Kommunalwahlen immer geringer geworden. 2006 betrug diese Beteiligung nur noch 40 Prozent, die klare Mehrheit der Wahlberechtigten machte von ihrem Bürgerrecht also keinen Gebrauch. Umso größer und gerade deshalb umso fragwürdiger ist die Macht der Bundesparteien und ihrer lokalen Ableger. Diese Macht wurde und wird dazu missbraucht, ein Netz von Einflüssen und Abhängigkeiten quer durch fast alle Bereiche unserer Stadt zu spinnen. Die FREIEN WÄHLER sind seit ihrer Gründung 1994 ein unermüdlicher Störfaktor der Parteienherrschaft.

Diese gilt es aber nicht nur zu stören, sondern wesentlich einzuschränken. Nur so kann der Bürgerwille sehr viel besser und wirksamer zur Geltung gebracht werden. Deshalb unterstützen die FREIEN WÄHLER aktiv alle konstruktiven Bestrebungen, größere Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des städtischen Lebens zu erreichen. Nur die FREIEN WÄHLER sind Garanten dafür, dass Politik und Verwaltung Frankfurts für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten statt neben ihnen oder gar gegen sie.

### **Wir sagen deshalb: Bürgerwille statt Parteienmacht**

#### **Stadtverordnetenversammlung:**

- Der faktisch existierende Fraktionszwang in der Stadtverordnetenversammlung wie auch den Ortsbeiräten muss beendet werden mit einer öffentliche Selbstverpflichtung und einer Verankerung in den Geschäftsordnungen, dass Mandatsträger entsprechend dem Grundgesetz Vertreter des ganzen Volkes zu sein haben – „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.
- Die Zusammensetzung des Magistrats muss sich an den Notwendigkeiten, jedoch nicht an politischer Versorgung von Mandatsträgern orientieren. Bis zum Jahr 2006 kam die Stadt Frankfurt seit dem Jahr 1952 mit 7 hauptamtlichen Stadträten aus. Erst in dem schwarz-grünen Magistrat kam es zur Ämtervermehrung auf derzeit 9 hauptamtliche Stadträte. Das verursacht Millionenkosten und muss rückgängig gemacht werden.
- Bei den ersten drei vom Magistrat und/oder den Fraktionen angemeldeten Themen einer Stadtverordnetensitzung muss ein aktueller Bezug schlüssig nachweisbar sein. Ist dieser aktuelle Bezug nicht schlüssig nachweisbar, wird das angemeldete Thema nachrangig behandelt.

## **Ausschüsse:**

- Die Handhabung der Bürgerrunde wird künftig in allen Fachausschüssen gleich geregelt: Nach der Festlegung der Tagesordnung und vor dem Bericht des/der Dezenten, zu allen, auch den evtl. verschobenen Tagesordnungspunkten sowie in Ausnahmefällen auch zu dringend aktuell gewordenen Themen im Bereich des Fachausschusses, mit schriftlicher Wortmeldung, Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten bei mehr als acht und sieben Minuten bei weniger Wortmeldungen, Fragen an Dezenten und Stadtverordnete können gestellt und sollten möglichst beantwortet werden.

## **Ortsbeiräte:**

- Funktion und Möglichkeiten der Ortsbeiräte bedürfen der Aufwertung. Deshalb wird jedem der 16 Ortsbeiräte in Frankfurt ein jährlicher Etat zur Verwendung aus dem Gesamthaushalt der Stadt zur Verfügung gestellt. Vorhandene Eingemeindungsverträge, z.B. mit Bergen-Enkheim, sind dabei zu beachten. Für jeden Wahlberechtigten im jeweiligen Bereich des Ortsbeirats werden dafür 10 Euro veranschlagt. Dieser Etat kann für kulturelle, verschönernde und umweltpflegerische Zwecke nach Absprache und im Einklang mit den zuständigen Ämtern eingesetzt werden.
- Für entsprechende Beschlüsse bedarf es im Ortsbeirat immer einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Nicht verwendetes Geld aus dem Ortsbeirats-Etat fließt zurück an den städtischen Haushalt.
- Magistratsvorlagen, bei denen von einem Ortsbeirat oder mehreren Ortsbeiräten zwecks intensiverer Beratung der Wunsch nach Vertagung geäußert wird, sind um mindestens eine Römer-Sitzungsrunde zu verschieben.

## **Verwaltung:**

- Die Amtssprache der Verwaltung ist deutsch. Unvermeidbare Fremdworte und Begriffe/Bezeichnungen aus anderen Sprachen werden in Klammern erklärt bzw. übersetzt.
- Die Anstellung und Besoldung von Führungskräften in städtischen Eigenbetrieben wird mit den Stadtverordneten abgestimmt.

## **Kommunale Ausländervertretung:**

- Die FREIEN WÄHLER werden sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die Kommunale Ausländervertretung (KAV) so rasch wie möglich als Pflichtgremium aus der Hessischen Gemeindeordnung gestrichen wird. Die reale Bevölkerungsentwicklung sowie die wiederholt sehr geringe Wahlbeteiligung und die keineswegs repräsentative Zusammensetzung dieses Gremiums rechtfertigen nicht dessen weitere Existenz.
- Die KAV kann durch einen Beirat ersetzt werden, der alle Ausländer vertritt, die keine Wahlberechtigung haben. Über die Kompetenzen dieses Beirats entscheiden Magistrat und Stadtverordnete

## ***Das Versprechen der FREIEN WÄHLER in Frankfurt:***

*Wir versprechen, unsere Kraft dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu widmen, ihren Nutzen zu mehren, Schaden von ihnen zu nehmen, das Grundgesetz zu verteidigen, zu einer lebendigen Demokratie aktiv beizutragen und unsere Pflichten als Stadtverordnete und Ortsbeiräte gewissenhaft zu erfüllen.*